

Nr. 30 / 2017

PRESSEMITTEILUNG

Stadtwerke setzen Energiewende um

Berlin, 11.10.2017. Die 900 Stadtwerke in Deutschland setzen die Energiewende vor Ort um. Sie sind die wichtigsten Akteure für deren Gelingen. Darauf macht der VKU als Spitzenverband der kommunalen Wirtschaft mit Blick auf die anstehenden Sondierungsgespräche aufmerksam.

Ohne Stadtwerke keine Sektorenkopplung

Seit Jahren investieren Stadtwerke beständig in Energiewendeanlagen: in Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), Gaskraftwerke und erneuerbare Energien. Letztere wuchsen in den vergangenen Jahren beispielsweise im kommunalen Portfolio überproportional zum sonstigen Markt: Ihr Anteil an der installierten Leistung 2016 konnte um fast 20 Prozent gesteigert werden. Traditionell ist die kommunale Erzeugung zudem geprägt von der hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplung – einer erprobten Technologie für die Kopplung der Sektoren Strom und Wärme. 2016 konnten dank kommunaler KWK mindestens 12 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden. 2016 lag der Anteil der KWK in der kommunalen Erzeugung bei 41,1 Prozent – Tendenz steigend. Damit leisten die Stadtwerke schon heute einen bedeutsamen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele.

Die KWK ist mit ihrer verbundenen Wärmeinfrastruktur eine wichtige Säule für die Wärmeversorgung der Zukunft. Wärmenetze können unterschiedliche Wärmequellen wie Solar-, Geothermie oder Biomasse aufnehmen, bündeln und verteilen. Das gilt besonders für Städte, da dort nicht genug Platz ist, um erneuerbare Wärme vor Ort zu erzeugen. Der Aus- und Umbau der Wärmenetze wird daher entscheidend für den Erfolg von Maßnahmen für die Sektorenkopplung sein.

Eine weitere Möglichkeit, Sektoren zu verbinden, ist die kommunale Erdgasinfrastruktur, die bei 42 Millionen Menschen für warme Wohnungen im Winter sorgt. Sie transportiert zudem pro Jahr fast doppelt so viel Energie wie das

Invalidenstraße 91

10115 Berlin
www.vku.de

Geschäftsführer
Kommunikation:
Carsten Wagner
Fon +49 30 58580-220
Mobil +49 170 8580-220
Fax +49 30 58580-107
carsten.wagner@vku.de

Pressesprecher:
Stefan Luig
Fon +49 30 58580-226
Mobil +49 170 8580-226
Fax +49 30 58580-107
luig@vku.de

Stv. Pressesprecherin:
Elisabeth Mader
Fon +49 30 58580-227
Mobil +49 170 8580-227
Fax +49 30 58580-107
mader@vku.de

Stromnetz. Power-to-Gas-Anlagen können erneuerbaren Strom in Gas verwandeln, das im Gasnetz gespeichert und transportiert werden kann.

Eine kosteneffiziente Dekarbonisierung bei gleichzeitiger Versorgungssicherheit ist nur durch das intelligente Zusammenspiel von erneuerbarer Energie und flexibel einsetzbarem Erzeugungs- und Lastmanagement zu schaffen. Diesen Elementen muss daher im Energiesystem ein Wert gegeben werden. Im Moment ist das nur unzureichend der Fall, was der Grund dafür ist, dass hocheffiziente Gaskraftwerke im Gegensatz zu Kohlekraftwerken kaum Erlöse erzielen.

Forderung: Die Dekarbonisierung der Wirtschaft braucht ein schlüssiges Konzept und darf nicht zu eng gedacht werden. Es reicht nicht, sich auf den Stromsektor zu konzentrieren. Auch die Wärme- und Verkehrswende müssen mitgedacht werden. Ob Strom und Wärme, Erdgas oder auch Abfall und Wasser – kommunale Unternehmen setzen intelligente Ver- und Entsorgungskonzepte und damit Klimaschutz um. Verbindendes Element ist die Infrastruktur: Der Zustand der Strom- und Wärmenetze wird entscheidend dafür sein, klimafreundliche Energie effizient zu transportieren und den Transformationsprozess zu beschleunigen. Die KWK ist dabei eine wichtige Brückentechnologie, die vernünftige Rahmenbedingungen braucht. Um die Versorgungssicherheit nicht zu gefährden, braucht es – flankierend zu den Erneuerbaren – flexibel einsetzbare Komponenten im Energiesystem: Gaskraftwerke, Speicher und Lastmanagement-Maßnahmen. Das alles kostet Geld und bedarf einer soliden Investitionsbasis. Deshalb setzt sich der VKU dafür ein, mit dem dezentralen Leistungsmarkt einen Markt für Flexibilität und gesicherte Leistung einzuführen.

Verteilnetze: Ohne Stadtwerke kommt der Strom nicht zum Ziel

Deutschland braucht seine Autobahnen. Aber ohne seine vielen mittelgroßen und kleinen Straßen würde das Verkehrssystem kollabieren. Genauso verhält es sich mit den Stromnetzen. Die Verteilnetze sind die Lebensadern des deutschen

Energiesystems. Sie sorgen dafür, dass heute 50 Millionen Stromkunden der Industrie, Gewerbe und privaten Haushalte zuverlässig mit Energie versorgt werden. Ohne Verteilnetzbetreiber blieben die Lichter aus - ohne die Verteilnetze und deren Betreiber kein Strom! An die Verteilnetzebene sind heute 97 Prozent der Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien angeschlossen. Und diese Entwicklung geht weiter: Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromproduktion beträgt aktuell 30%. Bis 2030 soll sich dieser verdoppeln. Im nächsten Jahrzehnt müssen zur Integration der erneuerbaren Energien in die Netzinfrastruktur, für die Elektromobilität und die Digitalisierung der Verteilnetze je nach Schätzung 20 bis 35 Milliarden Euro investiert werden.

Forderung: Derzeit ist es den Verteilnetzbetreibern wirtschaftlich unmöglich, das Netz so auszubauen, dass sie Leistungsbedarfe (bspw. die anlaufende E-Mobilität) berücksichtigen können, die erst in einigen Jahren entstehen könnten. Das bildet den ordnungspolitischen Rahmen, beispielsweise die sogenannte Anreizregulierung, nicht ab. Dabei wäre die einmalige Ausrüstung der Netze für zukünftig höhere Bedarfe volkswirtschaftlich bedeutend günstiger als das Netz alle paar Jahre erneut aufrüsten zu müssen.

Finanzierung: Energiepreise müssen sozial gerecht sein

Strom ist aufgrund der Abgaben und Umlagen teurer als andere Energieträger, was eine Übertragung in andere Sektoren behindert.

Derzeit machen Steuern, Abgaben, Netzentgelte und Umlagen in Deutschland etwa 75 Prozent des Endkundenpreises aus. Weder die Energieversorger noch die Endkunden können diese Blöcke beeinflussen. Lediglich 25 Prozent des Preises setzen sich derzeit aus beeinflussbaren Teilen (Strombeschaffung, Vertrieb, Marge) zusammen. Während die beeinflussbaren Posten in den vergangenen Jahren stabil geblieben sind, ist der Block der Steuern, Entgelte und Abgaben stetig gestiegen.

Forderung: Das bestehende Umlagen- und Entgeltsystem muss in der nächsten Legislaturperiode auf den Prüfstand. Es muss der Grundsatz gelten: Alle Akteure müssen sich an der Finanzierung beteiligen. Ein Umlagen- und Entgeltsystem muss sozial gerecht, planbar und einfach handhabbar in der Anwendung sein. Außerdem muss es Anreize für die Akteure bieten, die Sektoren intelligent miteinander zu verbinden.

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) vertritt rund 1.460 kommunalwirtschaftliche Unternehmen in den Bereichen Energie, Wasser/Abwasser, Abfallwirtschaft sowie Telekommunikation. Mit über 262.000 Beschäftigten wurden 2015 Umsatzerlöse von mehr als 115 Milliarden Euro erwirtschaftet und rund 11 Milliarden Euro investiert. Die VKU-Mitgliedsunternehmen haben im Endkundensegment große Marktanteile in zentralen Versorgungsbereichen (Strom 60 Prozent, Erdgas 65 Prozent, Trinkwasser 87 Prozent, Wärmeversorgung 69 Prozent, Abwasserentsorgung 42 Prozent). Sie entsorgen jeden Tag 31.500 Tonnen Abfall und tragen entscheidend dazu bei, dass Deutschland mit 66 Prozent die höchste Recyclingquote in der Europäischen Union hat. Die kommunalen Unternehmen versorgen 5,7 Millionen Kunden mit Breitband. Bis 2018 planen sie Investitionen von rund 1,7 Milliarden Euro, um dann insgesamt 6,3 Millionen Menschen an schnelles Internet anschließen zu können.